



Regierungsratsbeschluss vom 30. Mai 2017

Interpellation Nr. 53 Jürg Meyer gegen die Verkürzung der Integrationszulagen in der Sozialhilfe; schriftliche Beantwortung

P175176

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Basel-Stadt hat die Änderung der SKOS-Richtlinien betreffend Minimale Integrationszulage aus gesundheitlichen Gründen (MIZ) und Integrationszulage (IZU) für Alleinerziehende umgesetzt. Die Fokussierung dieser Zulagen ist zu begrüßen, da sich gezeigt hat, dass mit rein finanziellen Zuwendungen keine nachhaltige Verbesserung der Lebensverhältnisse erzielt werden kann. Für gesundheitlich beeinträchtigte Personen sind sinnstiftende Betätigungsmöglichkeiten und Angebote im Bereich soziale Integration entscheidender. Bei Alleinerziehenden strebt die Sozialhilfe einen möglichst frühzeitigen (Wieder-)Einstieg in die Erwerbsarbeit an, da die Integrationschancen so signifikant höher sind. Auch die Zukunftschancen der Kinder können nachhaltig nur durch Integrationsmassnahmen verbessert werden.

